

4.1-8455 Wirtschaft, Industrie und Handwerk

Antragsteller*in: Lukas Unger (KV Pinneberg)

Text

Von Zeile 8454 bis 8457:

administrativer Grenzen getroffen. Raumplanung, Infrastrukturentwicklung und Daseinsvorsorge müssen stärker zusammengedacht werden – ~~nicht durch zusätzliche Bürokratie, sondern durch verbindlichere Zusammenarbeit und klare gemeinsame Verantwortung.~~ mit verbindlicher Zusammenarbeit und klarer gemeinsamer Verantwortung.

Wir sehen uns als Partner, die unsere Region gemeinsam entwickeln und verlässlich die regionale Infrastruktur voranbringen. Dabei gilt es, sich gemeinsam auf übergreifende Projekte zu verständigen, diese gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen. Unser Ziel ist es, dass Menschen die administrativen Grenzen in ihrem Alltag so wenig wie möglich wahrnehmen.

Wir wollen die Regionalplanung für den Planungsraum III schrittweise in eine stärker länderübergreifend abgestimmte gemeinsame Raumplanung mit Hamburg und den betroffenen Kreisen und Städten der Metropolregion überführen. Dabei sollen insbesondere Wohnungsbau, Gewerbeflächenentwicklung, Verkehrsinfrastruktur, Freiraumschutz und Energieversorgung stärker zusammen gedacht werden. Zudem wollen wir, dass die Länder gemeinsame Prioritäten bei überregional bedeutsamen Infrastrukturprojekten entwickeln und diese gegenüber Bund und EU zusammen als Region vertreten.

Der Zusammenarbeitsausschuss der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg dient als Gremium, um länderübergreifende Themen zu beleuchten und Perspektiven auszutauschen. Diese Zusammenarbeit wollen wir ausbauen. Gemeinsame Projekte zwischen den Ländern sind hier weiterhin zu begleiten. Wir wollen prüfen, in welchen Bereichen unterschiedliche Gesetze, Regelungen und Verwaltungsstandards zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg angeglichen oder gegenseitig anerkannt werden können, wenn dadurch Bürokratie abgebaut und die Zusammenarbeit erleichtert wird.

Die länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Digitalisierung der Verwaltung wollen wir ausbauen. Gemeinsame Standards, Schnittstellen und digitale Verwaltungsleistungen sollen dazu beitragen, dass Verwaltungsgrenzen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen möglichst wenig spürbar sind.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Ändern in:

Unterstützer*innen

Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Katrin Stange (KV Pinneberg); Björn Hildebrand (KV Pinneberg); Peer Lessing (KV Pinneberg); Jonas P. Proeger (KV Pinneberg); Jan-Hendrik Mackenthun (KV Pinneberg)